

## Erfolg für SPÖ: Revision von Stek und Flächenwidmungsplan beschlossen

# **Ehmann: „Abschaffung der Elternbeiträge wäre für Grazer Familien wichtige Entlastung“**

Zwischen 60 und 300 Euro zahlen Grazer Familien pro Kind und Monat für die Kinderbetreuung. „Das Geld stünde unseren Familien sofort zusätzlich zur Verfügung, wenn wir die Elternbeiträge in der Kinderbetreuung abschaffen“, begründete SP-Vorsitzender Michael Ehmann seinen Vorstoß heute im Gemeinderat. „Leisten könnte es sich die Stadt – es geht nur um das Wollen!“ Doch genau dieser Wille scheint zu fehlen: ÖVP und FPÖ lehnten die Abschaffung der Elternbeiträge ab. Hitzig die Diskussionen in Sachen Flächenfraß, Bauwut und hemmungslose Versiegelung. Erfreuliches Ergebnis: Der SP-Dringliche zur Revision von Stadtentwicklungskonzept und Flächenwidmungsplan, über den unter anderem das Anlegerwohnungs-Unwesen eingeschränkt werden könnte, wurde angenommen.

Gleich zur doppelten Nagelprobe setzte heute die SPÖ mit Dringlichkeitsanträgen im Gemeinderat an. Thema Nummer 1: Die Abschaffung der Elternbeiträge in der Kinderbetreuung, wie dies in Wien und im Burgenland längst umgesetzt ist, wie dies Kärnten vorhat – ein Herzensanliegen von SP-Klubvorsitzendem **Michael Ehmann**. „Alles redet von der Wichtigkeit der Bildung schon bei den Jüngsten, vom freien Zugang zur Bildung für alle, von der Chancengleichheit für alle Kinder; und alles redet davon, dass die Familien entlastet werden müssten: Reden wir nicht, tun wir es. Bekennen wir uns heute dazu, dass wir die Elternbeiträge in der Kinderbetreuung abschaffen wollen“; forderte Ehmann. Als völlig verfehlt bezeichnete Ehmann die Diskussion darüber, ob sich die Stadt das leisten könne oder nicht: „Für eine Stadt, die olympische Spiele ausrichten wollte, die eine 50 Millionen-Gondel auf den Plabutsch plante, stellt sich die Frage des ‚sich leisten können‘ ja wohl nicht – da geht es nur darum, ob man sich das leisten will! Sind uns die Grazer Kinder, die Grazer Familien diese 12, 15, oder 17 Millionen Euro wert? Ich sage ja: Das ist Geld, das nicht besser investiert werden könnte!“ Zwischen 60 und 300 Euro zahlen derzeit Grazer Familien pro Kind und Monat als Elternbeitrag für die Kinderbetreuung; Die Stadt selbst würde an Einnahmen in etwa vier Millionen Euro verlieren, rechnet man die Kosten für die Grazer Kinder in den über das „Tarifmodell“ durch die Stadt bereits jetzt unterstützten privaten Kinderbetreuungseinrichtungen dazu, wären es in Summe – so vorsichtige Schätzungen- wahrscheinlich zwischen 12 und 17 Millionen Euro. Ehmann: Das ist Geld, das die Grazer Familien dann eben zusätzlich zur Verfügung hätten, das wäre eine Investition, die unseren Kindern zugutekäme.“ Alles gute, nachvollziehbare Argumente: Doch ÖVP und FPÖ sahen es anders – sie lehnten die Abschaffung der Elternbeiträge ab.

### **Aufreger Anlegerwohnungen, Versiegelung und Baudruck**

Thema Nummer 2: Die hemmungslose Versiegelung, der Baudruck, unter dem Graz derzeit leidet und seit Wochen die Gemüter erhitzt. Mit ein Grund für diese dramatische Entwicklung: Graz ist zu einem der bevorzugten Zielgebiete für Immobilienspekulation geworden. Sprich: Grundstücke werden von Investitionsfonds reihum aufgekauft, um primär Anlegerwohnungen zu errichten. Wohnungen, die, wie der Name schon sagt, in erster Linie – aufgrund der niedrigen Zinsen am Kapitalmarkt – für die Geldanlage, aber nicht zum Vermieten, geschweige denn selbst Bewohnen gedacht sind. Was die absolute fatale Folge hat: Trotz des enormen Baubooms stehen in Graz viel zu wenige leistbare Wohnungen zur Verfügung, schnellen die Mieten in die Höhe – denn die gemeinnützigen Wohnbauträger finden für den geförderten Wohnbau kaum noch finanzierbare Grundstücke.

„Es gibt nur eine Konsequenz - und andere Städte, allen voran Wien, zeigen ja, dass dies geht: Wir müssen über die Raumordnung einerseits diesem Spekulation-Unwesen und dem Anlegerwohnungsboom einen Riegel vorschieben, andererseits für das leistbare Wohnen mehr Möglichkeiten eröffnen“, ist SP-Raumordnungssprecher **Ewald Muhr** überzeugt. „Und das raschest – wir brauchen dringend Antworten auf diese Geschäftemacherei zu Lasten der Stadt Graz und auf Kosten der Grazer:innen. Mit netten Worten und Appellen werden wir nichts erreichen – das schaffen wir nur über eine Revision des Stadtentwicklungskonzeptes und des Flächenwidmungsplanes. Es braucht klare Vorgaben und Regeln im Stek und im Fläwi, und diese müssen wir uns erarbeiten!“, begründete Muhr seinen Dringlichkeitsantrag. „Es geht uns in keiner Weise darum, dass in Graz nichts mehr gebaut werden darf – ganz im Gegenteil: Wir wollen, dass in Graz gebaut werden kann – nämlich qualitätsvoller Wohnraum für die Grazer:innen, aber nicht grausliche Betonsilos für Anlagezwecke, weil derzeit die Zinsen im Keller sind. Dafür ist uns Graz zu schade!“ In diesem Sinn lehnte die SPÖ auch den Versuchen der ÖVP und des Bürgermeisters, diesen Beschluss für die Revision noch einmal hinauszuzögern und zu verschleppen, ab. Muhr: „Worauf sollen wir denn warten? Bis die letzte Wiese versiegelt, die letzte Baulücke geschlossen und das letzte freie Grundstück von irgendeinem Fonds aufgekauft ist?“ Fazit: Der SP-Dringliche wurde mit großer Mehrheit angenommen, nur die ÖVP stimmte gegen die Revision von Stadtentwicklungskonzept und Flächenwidmungsplan.

### **Badespaß in der Mur?**

Die Wasserqualität der Mur thematisierte SP-Gemeinderätin **Susanne Bauer** sowohl in der Fragestunde als auch in einem Antrag. Hintergrund: KP-Gesundheitsstadtrat Robert Krotzer hatte erst vor kurzem eine Untersuchung präsentiert, wonach die Mur – unter anderem wegen Verunreinigungen durch Fäkalkeime – keineswegs zum Baden geeignet wäre. Bauer: „Die Stadt hat sehr viel Geld in die Infrastruktur an den Murufeln investiert – ohne sich offenbar wirklich viele Gedanken zu machen, wie es um die Wasserqualität steht. Jetzt wird dort nicht nur Wassersport angeboten, es wird nahezu der Eindruck vermittelt, alles, auch Baden, wäre möglich. Allein der Name Augartenbucht ist sehr irreführend.“ Es kommt aber noch dicker: In Google-Maps wird der Bereich Puchsteg sogar als „Badebucht“ ausgewiesen, wie Bauer festgestellt hat. Angesichts der Wasserqualität aber jetzt nur an einem Badeverbot festzuhalten, ist für Bauer zuwenig. „Die Stadt München hat einige Abschnitte der Isar wieder ‚badetauglich‘ gemacht – das war natürlich mit einem Kraftakt verbunden, aber möglich ist offenbar viel.“ Und genau diesen Möglichkeiten will Bauer jetzt auch in Graz auf den Grund gehen. „Ich möchte vom Gesundheitsstadtrat wissen, ob er über das Verbotsschild hinausdenkt und überlegt, was es braucht, die Mur zumindest abschnittsweise badetauglich zu machen. Die Münchner haben sicher einiges an Know-How auf Lager, wie sie es geschafft haben, den Schutz der Gesundheit und die Isar unter einen Hut zu bringen. Und ich möchte von der Stadt wissen, welche Maßnahmen sie unter anderem in Sachen Abwasserbeseitigung, Kanalnetz-Dimensionierung und Murzuflüsse zu setzen gedenkt, um die Wasserqualität der Mur endlich wieder zu verbessern, statt zuzusehen, wie sie wieder schlechter wird!“

### **Bessere Post-Infrastruktur in Straßgang**

Unglaublich, aber wahr: Im gesamten Bezirk Straßgang gibt es laut Internet-Kataster gerade einmal einen einzigen Briefkasten der Post – im Shoppingcenter Webling. Und das in einem Bezirk mit rund 18.000 Einwohner:innen! Kein Wunder, dass die Straßganger:innen über dieses Manko regelmäßig klagen. „Bei der Post-Infrastruktur ist in den letzten Jahren gewaltig eingespart worden: Nicht nur, was die Postämter selbst betrifft – dass auch Briefkästen kurzerhand abmontiert wurden, lässt sehr daran zweifeln, ob die Post-Führung überhaupt noch für uns Kund:innen da sein will, wie das in der Werbung versprochen wird“, hält SP-Straßgang-Gemeinderat **Gerald Haßler** mit seiner Kritik nicht hinterm Berg. „Die Leidtragenden sind zum einen die Bevölkerung, vor allem für weniger mobile Menschen wird das immer mehr zum Problem; und zum anderen sind es die Post-Mitarbeiter:innen, die den Ärger abfangen müssen, der eigentlich dem Post Management gebührt!“ Dementsprechend appellierte Haßler mittels Antrag, die Stadt möge umgehend Gespräche mit der Post AG führen, was die Infrastruktur betrifft: Das Mindeste wären zusätzliche öffentliche Briefkästen im Bezirk!

### **Weitere Initiativen der SPÖ-Mandatar:innen in der heutigen Gemeinderatssitzung:**

- Rechtliche Klärung der Möglichkeit für die Schaffung von Bewohner:innen-Parkzonen: Wie einem Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes zu entnehmen ist, hat sich Wien bei der Errichtung der Bewohner:innen-Parkzonen auf die STVO berufen, wonach bei übermäßigem Parkdruck sehr wohl Bewohner:innen-Parkplätze eingerichtet werden können – und Recht bekommen. (Antrag GR Ehmann)

- Mehr Sicherheit für Radfahrer:innen auf der Hilmteichstraße zwischen Mariagrün und Hilmteich: aufgrund durch Tempo 30 und visuelle Tempobremsen, also Bodenmarkierung (Antrag GR Ehmann)
- Maßnahmen gegen die „Lichtverschmutzung“: Inwieweit teils überflüssige nächtliche Neon-/Reklamebeleuchtung – der Lichtsmog ist nicht nur Energievergeudung, sondern auch ein ökologisches Problem – ab 22 Uhr untersagt werden könnte (Antrag GR Ehmann)
- Ausstattung aller Spielplätze und Bezirkssportplätze mit Trinkbrunnen (Antrag GR Ehmann)
- Ausstattung aller Öffi-Haltestellen mit überdachten Wartebereichen – als ein Kriterium die Benutzer:innen-Frequenz anzusehen, ist kontraproduktiv (Antrag GR Ehmann)
- Bessere Ausstattung Grazer Berufsfeuerwehr – sowohl technisch als auch personell. Vor allem ist auch hinsichtlich des Personalstandes der Frage nachzugehen, inwieweit dieser überhaupt noch den Anforderungen der in den letzten Jahrzehnten enorm gewachsenen Stadt entspricht (Antrag GR Ehmann)
- Mehr Sicherheit am Jakominiplatz (Antrag GR Ehmann)
- Parkpickerl für Heimgärtner:innen , deren Anlagen in gebührenpflichtigen Zonen liegen (Antrag GR Ehmann)
- Verbesserung der Verkehrssicherheit in der Hafnerstraße (Antrag GR Haßler)
- Wartebänke im Bereich der Linie 41 in Andritz (Antrag GR Muhr)

Ende der Presseinformation